



INFORMATIONEN

aus der Forschung des BBSR

Nr. 3 / Juni 2014

Liebe Leserinnen und Leser,

ich möchte diese Ausgabe gerne in eigener Sache nutzen. Nachdem im Rahmen der Regierungsbildung die Kompetenzen für Raumordnung und Stadtentwicklung auf das BMVI und das BMUB aufgeteilt wurden, haben sich diese beiden Fachressorts nun darauf verständigt, über das BBSR eine sogenannte geteilte Fachaufsicht zu führen. Damit bleibt das BBSR als wissenschaftliche Einheit erhalten. Das ist eine sehr gute Nachricht. Dem BBSR kommt somit in Zukunft noch mehr die Aufgabe zu, Stadt und Raum zusammen und integriert zu denken.

Gute Beispiele für eine koordinierende Politikberatung waren die Konferenzen „Klimawandel in Stadt und Region“ Ende März oder die Konferenz „Transnationale Zusammenarbeit in Europa – so geht es weiter!“ Anfang Mai jeweils in Berlin. Auf der Klima-Konferenz wurden die Forschungsergebnisse aus Modellvorhaben der Raumordnung und des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus gemeinsam vorgestellt und intensiv mit Vertretern aus Städten und Regionen diskutiert. Auf der Interreg B-Konferenz kamen Vertreter aller sechs Programmräume mit deutscher Beteiligung zum Austausch zusammen, um sich über die neue EU-Förderperiode und Themen der transnationalen Zusammenarbeit zu informieren. Auf beiden Konferenzen wurden die Themen Stadt und Raum immer zusammengedacht.

Auch die vorliegenden „Informationen aus der Forschung“ belegen diese Kontinuität im Wandel.

Viel Spaß bei der Lektüre.

Ihr Harald Herrmann

- **Raumentwicklung**
Welchen Beitrag leistet transnationale Zusammenarbeit zu grünem und blauem Wachstum?
Seite 2
- **Stadtentwicklung**
Bungalow im Pavillon – die Architekturbiennale in Venedig
Seite 4
- **Wohnen und Immobilien**
Nachlese Konferenz „Klimawandel in Stadt und Region“
Seite 6
- **Bauwesen**
BBSR-Infoportal Energieeinsparung: Neue Inhalte – neues Aussehen
Seite 8

Raumentwicklung

Welchen Beitrag leistet transnationale Zusammenarbeit zu grünem und blauem Wachstum?

INTERREG_B
ZUSAMMENARBEIT. GRENZENLOS.

Transnationale Zusammenarbeit ist ein wichtiges Ziel der EU-Kohäsionspolitik. Sie unterstützt insbesondere die Umsetzung der EU-Strategie „Europa 2020 für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ und der Territorialen Agenda 2020. In diesem Zusammenhang haben sich in den letzten Jahren zwei spezifische Wachstumsziele etabliert: grünes und blaues Wachstum.

Dabei bezieht sich „grünes Wachstum“ auf Wirtschaftswachstum mit Nachhaltigkeitsfokus und Innovation im Bereich von grünen Technologien. Dieses gilt als wesentlich für eine langfristige, nachhaltige Entwicklung. „Blaues Wachstum“ beschreibt die Erschließung der bislang nicht genutzten Potenziale der europäischen Ozeane, Meere und Küsten für Beschäftigung und Wachstum. Es repräsentiert somit die maritime Dimension der Strategie Europa 2020.

Um den Mehrwert der transnationalen Zusammenarbeit zu identifizieren, wurden in der vom BBSR beauftragten MORO-Studie „Thematische Auswertung der transnationalen Zusammenarbeit“ 17 INTERREG IV B-Projekte mit deutscher Beteiligung ausgewählt und analysiert. Ziel dieser Studie war es, Ergebnisse und Erfahrungen der transnationalen Zusammenarbeit zum grünen und blauen Wachstum für die Raumordnung und die Raumentwicklung in den Ländern und auf regionaler und kommunaler Ebene besser nutzbar zu machen. Nachzulesen sind die Ergebnisse in der daraus resultierenden Broschüre „Transnationale Perspektiven für grünes und blaues Wachstum“. Die Information der Fachöffentlichkeit, Ergebnistransfer und die Organisation eines

bundesweiten Austauschs ist eine der Kernaktivitäten, mit denen das BBSR die transnationale Zusammenarbeit in Europa unterstützt.

Die 17 ausgewählten Projekte stellen gute Beispielsätze dar und behandeln unterschiedliche Themenfelder des grünen und blauen Wachstums. Die Ansätze reichen von der Nutzung von Algen und der Umsetzung intelligenter Energienetze und -speichertechnologien über die Entwicklung neuer Baustoffe bis zur nachhaltigen Gestaltung des Kreuzfahrttourismus und einer Förderung von Aquakulturen. Die Gemeinsamkeit der Projekte liegt in der Verknüpfung von Fragen des grünen und/oder blauen Wachstums mit raumentwicklungspolitischen Überlegungen. Der konkrete Mehrwert der transnationalen Zusammenarbeit liegt dabei weniger in der Umsetzung materieller Investitionen als vielmehr in „weichen“ Ergebnissen:

- Durch innovative Nutzungen von Ressourcen, die in transnationalen Projekten identifiziert, entwickelt und getestet werden, werden neue Wachstumspotenziale erzeugt.
- Indem transnationale Projekte zur Qualifizierung und Sensibilisierung der Akteure beitragen, entstehen lokale und regionale Entwicklungsimpulse.
- Der Aufbau regionaler und lokaler Netzwerke unterstützt integrierte Ansätze. Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft werden zusammengebracht und wirken sektorenübergreifend.
- Der Austausch von Wissen und Erfahrungen über Grenzen hinweg stärkt die Wirtschaft der beteiligten Regionen.
- Mit Pilotmaßnahmen können vielversprechende Ansätze, die an den regionsspezifischen Herausforderungen und Potentialen ansetzen, getestet und Folgeinvestitionen vorbereitet werden.

Auch die zukünftigen Programme der transnationalen Zusammenarbeit werden stark an den Schwerpunkten der Strategie Europa 2020 ausgerichtet sein. Die Themen des blauen und grünen Wachstums werden weiterhin von Bedeutung sein, wobei je nach räumlichen Herausforderungen in den Programmräumen entweder grünes (Alpenraum, Mitteleuropa, Nordwesteuropa) oder blaues Wachstum (Nordseeraum, Ostseeraum) im Vordergrund steht.

Kontakt:

Brigitte Ahlke
Referat I 3
Europäische Raum- und
Stadtentwicklung
brigitte.ahlke@bbr.bund.de

Die Broschüre kann in
Deutsch oder Englisch
kostenfrei bezogen werden
bei
beatrix.thul@bbr.bund.de
Stichwort: grünes und
blaues Wachstum

Weitere Informationen zum Projekt:

www.bbsr.bund.de
> Programme
> MORO
> Studien



Das Projekt AlpHouse zeigt Lösungen zur Verknüpfung traditioneller Baukultur und Architektur des Alpenraums mit energieeffizienten Bauweisen

Foto: Projekt AlpHouse

Vorsorgendes Risikomanagement in der Regionalplanung

Der Schutz kritischer Infrastrukturen und der Umgang mit raumbedeutsamen Gefahren haben sowohl gesellschaftspolitisch als auch in der raumwissenschaftlichen Diskussion zunehmend an Bedeutung gewonnen. Deshalb hat das damalige BMVBS – jetzt BMVI – im Rahmen seines Forschungsprogramms Modellvorhaben der Raumordnung ein Projekt initiiert, das Möglichkeiten eines vorsorgenden Risikomanagements in der Regionalplanung vertiefend untersucht.

Kern des Projektes, das durch das BBSR wissenschaftlich bearbeitet und gesteuert wird, ist die Operationalisierung des Risikomanagementansatzes am Beispiel der Planungsregion Köln. Hieraus werden Empfehlungen in Form

eines Leitfadens für die regionalplanerische Praxis abgeleitet. Innerhalb des Projektes werden zunächst alle relevanten, d.h. raumbedeutsamen Gefahrenquellen und Verwundbarkeiten insbesondere kritischer Infrastrukturen ermittelt, um hier zu einer integrierten, raumbezogenen Betrachtung von Risiken zu gelangen. Dies wurde bereits auf einem ersten Regionalworkshop am 28. Januar 2014 mit den Fachverantwortlichen der Bezirksregierung Köln diskutiert. Im weiteren Verlauf des Projektes soll ein regionales Risikoprofil erstellt werden, aus dem Strategien und Maßnahmen zur Risikominimierung bzw. Konzepte zum Umgang mit Risiken abgeleitet und konkrete Umsetzungsmöglichkeiten in der Regionalplanung aufgezeigt werden.

Kontakt:

Thomas Pütz
Referat I 5
Verkehr und Umwelt
thomas.puetz@bbr.bund.de

Erreichbarkeiten in großräumigen Verantwortungsgemeinschaften

Die Leitbilder der Raumentwicklung in Deutschland verfolgen den strategischen Ansatz der vernetzten großräumigen Verantwortungsgemeinschaften zwischen Städten, Metropolen und ländlichen Wachstumsregionen sowie peripheren und strukturschwachen Regionen. Im Auftrag des BBSR wurden im Rahmen einer MORO-Studie Erreichbarkeiten und Mobilitätsansprüche der Metropolregionen in Deutschland untersucht und Empfehlungen für eine flächendeckende Zuordnung von Landkreisen und kreisfreien Städten zu Metropolkernen (großräumige Verantwortungsgemeinschaft der Mobilität) abgeleitet. Grundlage dafür bildeten die Richtlinien für integrierte Netzgestaltung. Deutschlandweit konnten aus verkehrlicher Sicht zunächst nicht alle Kreise eindeutig einem Metropolkern, sondern nur sog. Zwischenzonen (s. Karte/schraffierte Fläche) von mehreren Metropolkernen zugeordnet werden. Die abschließende Zuordnung stimmt mit den Abgrenzungen der elf Metropolregionen überein bzw. ergänzt diese Grenzen darüber hinaus anhand der Kriterien der Mobilitätsanforderungen aus jedem Kreis. Die Studie bestätigt, dass die vorhandenen regionalen Gemeinschaften, d.h. die Metropolregionen mit ihren Organisationsstrukturen und die Gliederungen der Bundesländer aus Sicht der Mobilität nicht in Frage zu stellen sind.

Zuordnung der großräumigen Verantwortungsgemeinschaft der Mobilität



 Kreise und kreisfreie Städte, die verschiedenen Verantwortungsgemeinschaften der Mobilität zugeordnet werden können, mit empfohlener Hauptzuordnung

Quelle: MODUS CONSULT

Kontakt:

Thomas Wehmeier
Referat I 5
Verkehr und Umwelt
thomas.wehmeier@bbr.bund.de

Bungalow im Pavillon – die Architekturbiennale in Venedig

Jeder Generalkommissar einer Architekturbiennale hat sich dem deutschen Pavillongebäude in Venedig anzunehmen und sein Konzept darin umzusetzen. Dabei ist auf das von der Biennale-Leitung vorgegebene Motto für alle Nationenpavillons einzugehen. Das vom diesjährigen Hauptkurator Rem Koolhaas ausgegebene Motto lautet „Absorbing Modernity 1914–2014“. Intendiert ist eine Auseinandersetzung mit den vergangenen 100 Jahren der Architekturmoderne.

Wie auch in den vergangenen Jahren hat das BBSR im Kontext seiner baukulturellen Aufgaben das Findungsverfahren betreut und begleitet die Umsetzung des deutschen Beitrages. Die Ausstellung ist vom 7. Juni bis zum 23. November 2014 im deutschen Pavillon in Venedig zu sehen.

Die Planer und Architekturtheoretiker Sawas Ciriacidis und Alex Lehnerer aus Zürich haben sich als Generalkommissare dem deutschen Beitrag für Venedig 2014 angenommen. Ihre Konzeptidee, mit der sie sich im Wettbewerbsverfahren schließlich durchgesetzt haben, beeindruckte das Auswahlgremium mit einem klaren unverstellten Bild: Unter dem Titel

„Bungalow Germania“ soll der 1964 fertiggestellte Bonner Kanzlerbungalow im deutschen Pavillon nachgebaut werden. Der Bungalow diente bis in die 90er Jahre hinein als Wohn- und Repräsentationsort der Bundeskanzler.

Die Rekonstruktion der Innenräume ist in den zehn Meter hohen Räumen des 1938 wesentlich umgebauten Pavillons gut umsetzbar. Es entsteht so ein gestalterischer Kontrast, der sich zwischen dem steinernen Monument des faschistisch-neoklassischen Pavillons im Verhältnis zum einverlebten Bungalow aus Glas und Stahl bewegt. Vordergründig klingt auch die Konfrontation einer „demokratischen Architektur“ aus dem Glas der Kanzlerbungalows mit der „totalitären Architektur“ des steindominierten Pavillons an. Näher betrachtet relativieren sich derartige oberflächliche Festlegungen. So agierte beispielsweise Ludwig Erhard ungewöhnlich eigenmächtig bei der Erteilung des Auftrages an den Architekten Sepp Ruf. Auch ist der Bungalow als abgeschlossen und nicht öffentlich zugänglich im Garten der Villa Hammerschmidt gelegen eigentlich weniger ein Beispiel für ein öffentliches Bauwerk.

Eher nähert man sich der Ausstellungsintention an, wenn nach dem gefragt wird, was die Generalkommissare mit „Repräsentation nationaler Identität“ umschreiben. Angestoßen werden soll unter anderem eine Verortung des Bungalows in die Lebensstile und Befindlichkeiten der beginnenden 60er Jahre. Hierfür steht auch der im Pavillon nachgebauete offene Kamin als politische Kulisse für Empfänge. Deutlich werden Anspielungen an die deutsche klassische Moderne oder auch an amerikanische Lebensstile, die stets auch in Relation zu der Bonner Lebensrealität der Zeit zu sehen sind.

Die beiden in Deutschland aufgewachsenen Generalkommissare geben bewusst keine Leitlinie vor; sie legen keine ideologisch begehbbare Spur aus. Vielmehr versuchen sie sich der Zeitgeschichte mit gestalterischen Mitteln zu nähern. Eine architektonische Montage soll als „lakonische Intervention“ eine Geschichte zwischen Bonn und Venedig erzählen.

Kontakt:

Dr. Olaf Asendorf
Referat I 7
Baukultur, Städtebaulicher
Denkmalschutz
olaf.asendorf@bbr.bund.de



Der Bonner Kanzlerbungalow ist in Venedig zu sehen

Foto: Bundesregierung / Lothar Schaack

Hohe Innenentwicklungspotenziale in Deutschland

In Deutschland existieren rund 120.000 bis 165.000 ha Innenentwicklungspotenziale in Form von Baulücken und Brachflächen. Dies entspricht ca. 15 bis 20 m² je Einwohner bzw. 5 % der Gebäude- und Freifläche Deutschlands. Gut 20 % dieser Innenentwicklungspotenziale sind kurzfristig aktivierbar. Dies sind Ergebnisse einer Online-Befragung, die das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung und die Projektgruppe Stadt und Entwicklung aus Leipzig im Auftrag des BBSR durchgeführt haben. An der Befragung beteiligten sich 451 Städte und Gemeinden. Neben Brachflächen wurden auch kleinere Baulücken (auf privatem und öffentlichem Grund) in bestehenden Siedlungsgebieten erfasst.

Bezogen auf die Einwohnerzahl sind die Innenentwicklungspotenziale in Kleinstädten und Landgemeinden am höchsten. In größeren sowie stark wachsenden Städten sorgt eine überwiegend hohe Flächennachfrage meist für eine rasche Wiedernutzung brachgefallener Siedlungsfläche. Dies verschärft in boomenden Regionen den angespannten Grundstücks- und Wohnungsmarkt.

Die Befragung hat gezeigt, dass nicht nur größere Brachflächen, sondern insbesondere kleinteilige Baulücken einen Großteil der Innenentwicklungspotenziale einnehmen. Daher sind zur Erfassung der Innenentwicklungspotenziale neben Brachflächen stets auch Baulücken zu ermitteln, um Unterschätzungen zu vermeiden. Bundesweit betrachtet sind die Anteile zwischen Brachflächen und Baulücken fast ausgeglichen. Allerdings machen Brachflächen in Großstädten mit mehr als 500.000 Einwohnern fast 90 % der Innenentwicklungspotenziale aus, bei nur etwa 10 % handelt es sich um (meist kleinteilige) Baulücken.

Etwa ein Drittel aller Kommunen erfassen heute bereits Innenentwicklungspotenziale – deutlich mehr als bei zurückliegenden Umfragen. Dies zeigt die wachsende Bedeutung der Bestandsflächenerhebung. Grundsätzlich erfassen kleinere Gemeinden wesentlich seltener und auch unregelmäßiger ihre Potenziale als Großstädte und schätzen diese gleichzeitig eher gering ein.

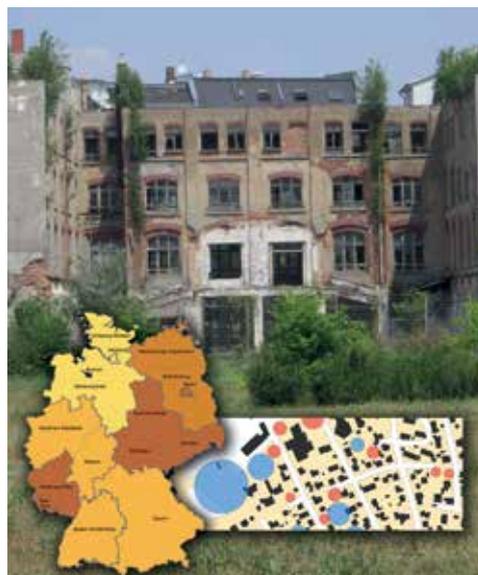
Zukünftig wird die automatisierte Erfassung von Innenentwicklungspotenzialen anhand

von Geobasisdaten an Bedeutung gewinnen. Schon jetzt können Kommunen auf Flächenpotenziale aufmerksam gemacht werden, die bis dato noch nicht im Fokus standen. Innenentwicklungspotenziale lassen sich jedoch nicht ausschließlich automatisiert erfassen: Zwar können Baulücken und Nachverdichtungsflächen mit Hilfe von Geobasisdaten ermittelt werden, nicht aber Brachflächen mit ungenutzten Gebäuden. Automatisierte Verfahren führen überdies zu Überschätzungen der Innenentwicklungspotenziale. Dies liegt besonders an fehlenden Informationen zu Flurstücksgrenzen und unberücksichtigten Kriterien für Ausschlussflächen. Deutliche Verbesserungen werden durch die Nutzung räumlicher Informationen aus dem Liegenschaftskataster (Automatisierte Liegenschaftskarte ALK bzw. Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem ALKIS®) erwartet.

Die Ergebnisse des Forschungsprojekts sind als BBSR-Sonderveröffentlichung „Innenentwicklungspotenziale in Deutschland – Ergebnisse einer bundesweiten Umfrage und Möglichkeiten einer automatisierten Abschätzung“ veröffentlicht worden. Kostenfreie Bestellung per E-Mail an: gabriele.bohm@bbr.bund.de

Kontakt:

Christian Schlump
Referat I 5
Verkehr und Umwelt
christian.schlump@bbr.bund.de



Brachflächen und Baulücken bieten hohe Innenentwicklungspotenziale

Quelle: U. Wolf, IÖR

Weitere Informationen:

www.bbsr.bund.de
> Veröffentlichungen
> Sonderveröffentlichungen

Wohnen und Immobilien

Nachlese Konferenz „Klimawandel in Stadt und Region“

Mehr als 250 Teilnehmende diskutierten am 26. und 27. März 2014 auf der BBSR-Konferenz „Klimawandel in Stadt und Region“ in Berlin Erkenntnisse aus den Forschungsfeldern ImmoKlima, ImmoRisk, StadtKlima und KlimaMORO: Integrierte Strategien zu Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel – vom Gebäude über die Stadt bis zur Region – wurden im Kontext der Potenziale und Gefährdungen durch den Klimawandel beleuchtet.

Bei den 25 Modellen und Piloten erwiesen sich als Erfolgsfaktoren insbesondere die Arbeit in Kooperationen und Netzwerken, politische Unterstützung auf kommunaler Ebene und der Know-how-Transfer aus der Projektebene in übergeordnete Konzepte sowie das Vorhandensein der „Macher“ auf Projektebene. Auf Synergien zu setzen und Zielkonflikte frühzeitig miteinander abzuwägen ist dabei ebenso bedeutsam wie die Berücksichtigung von effektiven, ohnehin anfallenden Maßnahmen in der Priorisierung der Umsetzung. Eine flächendeckende Umsetzung von Klimaschutz und Anpassung erfordert eine Einbettung in die alltägliche Praxis. Dazu braucht es weiterhin die Unterstützung durch Bund, Länder und EU.

In den beiden Podiumsdiskussionen wurden vertieft „Risiken und Chancen des Klimawandels“ sowie „Weichenstellungen für Klimaschutz und Klimaanpassung“ mit den folgenden zentralen Ergebnissen diskutiert:

Klimaanpassung werde nur eine Chance haben, wenn wir den Klimaschutz ernster nehmen als bisher, denn es gibt kein „Rezept“, wie man sich weltweit an eine Erderwärmung von 4 °C anpassen könnte. Vor allem die Verknüpfung der Klimaforschung mit der Praxis müsse daher verbessert werden, ebenso der Wissenstransfer in die „Fläche“. Welche planerischen Prioritäten auf dieser Grundlage in den Kommunen zu setzen seien, sei allerdings politisch zu entscheiden. Die „gute Stadt“ und das gute Leben für alle sollten dabei im Fokus der Überlegungen stehen.

Für die Projektentwicklung bedeute die Auseinandersetzung mit dem Klimawandel gleichsam die Beschäftigung mit Gebäudenachhaltigkeit, angemessener Stadtstruktur und städtischer Mobilität. Neben Investitionen in die kommunale Infrastruktur müssten auch private Immobilieneigentümer und Unternehmen Geld in die Hand nehmen. Für deren Entscheidungen allerdings seien Planungs- und Investitionssicherheit eine wichtige Voraussetzung.

Als Aufgabe der Politik wurde es gesehen, die Risiken des Klimawandels und den Nutzen von Anpassung plastisch vor Augen zu führen. Mit dieser Intention sei auch die Entwicklung des Geoinformationssystems GIS-ImmoRisk angestoßen worden, das bundesweit eine Risikoabschätzung von Klimafolgen für Immobilieneigentümer ermöglichen soll.

Prof. Dr. Welzer von FUTURZWEI konstatierte in seinem Vortrag eine „futurologische Obdachlosigkeit des gegenwärtigen Handelns“, bei der jedwede Entwicklung darauf abziele, unseren Status quo im kapitalistischen Wirtschaftsprinzip zu erhalten. Die Antwort hierauf könne nur ein tiefgreifender Wandel der Lebensstile sein, bei dem Identitätsschaffen nicht ausschließlich über den Konsum erfolge.

Das begleitende Informationsforum bot Gelegenheit zur fachlichen Vernetzung von Praxis, Wissenschaft und Politik. Großen Anklang fanden die präsentierten Filme aus den Forschungsfeldern, abrufbar unter www.klimastadtraum.de.

Kontakt:

Ute Birk
Referat II 13
Wohnungs- und
Immobilienwirtschaft
ute.birk@bbr.bund.de

Dr. Fabian Dosch
Referat I 5
Verkehr und Umwelt
fabian.dosch@bbr.bund.de



Informationsforum

Foto: Stephan Roehl

Steigende Tendenz von Wohnungsleerständen in vielen Regionen

Neben Nachfragerückgängen durch Bevölkerungsverluste führen auch qualitative Ansprüche und nicht mehr marktgängige Wohnungen zunehmend zu leerstehenden Wohnungen und Gebäuden. Nach der Gebäude- und Wohnungszählung des Zensus standen in Deutschland im Jahr 2011 mit 1,72 Mio. Wohnungen 4,4 % aller Wohnungen in Wohngebäuden leer – 3,6 % in Westdeutschland und 7,0 % in Ostdeutschland. Damit sind erhebliche finanzielle und organisatorische Probleme für die Immobilieneigentümer, das Wohnumfeld sowie die Kommunen verbunden.

Leerstandsbeobachtung muss ausgebaut werden

Demgegenüber gibt es einen deutlichen Verbesserungsbedarf bei Leerstandserhebungen. Bisher besteht keine kontinuierliche, amtliche Erfassung der Wohnungsleerstände in Deutschland. Nicht-amtliche Erhebungen sind entweder räumlich begrenzt, nur für bestimmte Gebäudesegmente verfügbar oder aber über Stichproben ermittelt. Daher hatten das BBSR und das BMVBS (heute BMUB) Ende 2012 das Ressortforschungsprojekt „Aktuelle und zukünftige Entwicklung von Wohnungsleerständen in den Teilräumen Deutschlands“ beauftragt, dessen Ergebnisse nun vorliegen.

Deutlicher Anstieg der Wohnungsüberhänge bis 2030 zu erwarten

In Zukunft wird das Leerstandsthema noch an Bedeutung gewinnen. Die Forschungsergebnisse bieten einen Ausblick bis zum Jahr 2030: Die berechneten Szenarien zeigen eine deutliche Zunahme der Wohnungsüberhänge. Sofern kein Neubau mehr erfolgen würde, der bei rückläufiger Nachfrage den Leerstand in bestehenden Gebäuden erhöht, ergäbe sich bundesweit eine Überhangquote von 6,2 %. In einem weiteren Szenario wird nur demografisch bedingter Neubau unterstellt, so dass die Quote dann bei 8,0 % läge. Das dritte Szenario geht zusätzlich noch von qualitätsbedingtem Neubau aus – also Neubau trotz vorhandener leerstehender Wohnungen, was auch aktuell und in der Vergangenheit zu beobachten war. Daraus ergäbe sich bundesweit eine Überhangquote von 10,7 %.

Wohnungsleerstände regional unterschiedlich bedeutsam

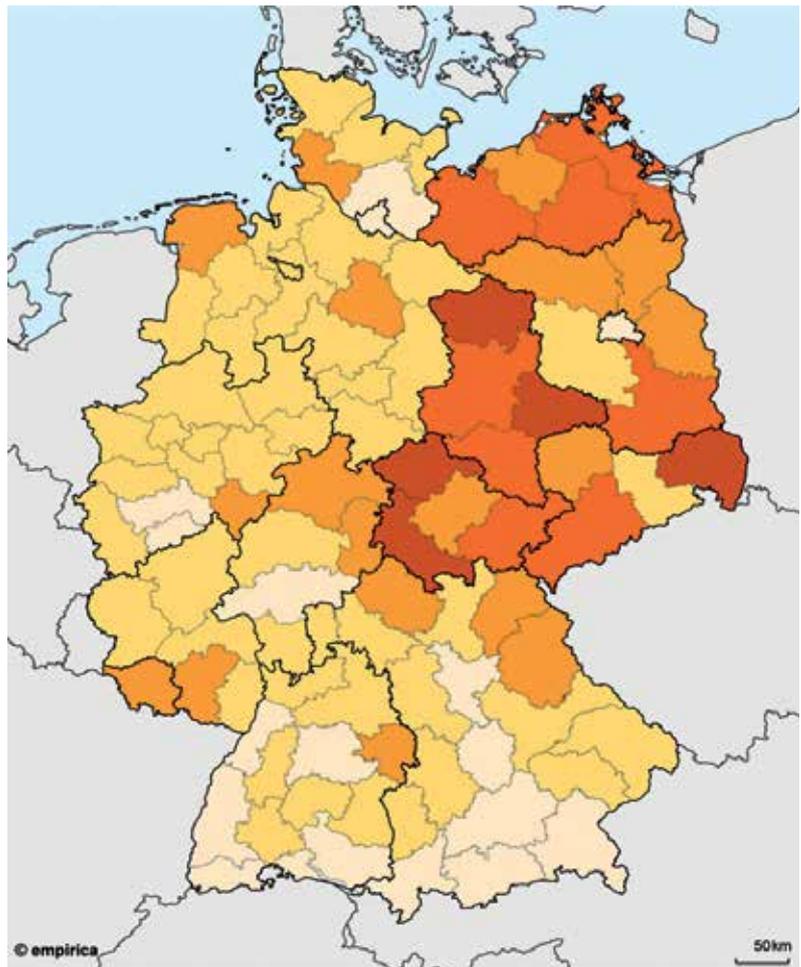
In immer mehr Regionen mit stagnierenden oder rückläufigen Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklungen sind zunehmend leerstehende Wohnungen festzustellen. Aufgrund der demografischen Entwicklungen werden sich diese Trends in den nächsten Jahren ausweiten. Vor allem in Ostdeutschland konnten bisher, unterstützt durch Förderprogramme von Bund, Ländern und Kommunen (z.B. Programm Stadtbau Ost), zahlreiche ungenutzte Wohnungen rückgebaut werden – seit 2002 knapp 330 000. Hier besteht ein weiterer Bedarf, so dass entsprechende Förderungen auch in den nächsten Jahren erforderlich sind.

Kontakt:

Alexander Schürt
Referat II 11
Wohnungs- und
Immobilienmärkte
alexander.schuert
@bbr.bund.de

Weitere Informationen:

www.bbsr.bund.de
> Programme
> Allg. Ressortforschung
> Wohnungswesen



Prognose des Überhangs in MFH (mit Neubau – inkl. QZNF) in den Raumordnungsregionen für das Jahr 2030

Basis: Zensus 2011, eigene Berechnungen

unter 10 % 10 % bis unter 20 % 20 % bis unter 30 % 30 % bis unter 40 % 40 % und mehr

Prognose zum Wohnungsüberhang in Mehrfamilienhäusern 2030 (Szenario 3)

Quelle: empirica

BBSR-Infoportal Energieeinsparung: Neue Inhalte – neues Aussehen

Seit 2011 bietet das BBSR in einem speziellen Infoportal ein kompaktes, umfassendes und leicht zugängliches Wissensangebot rund um die Energieeinsparverordnung an. Das Portal www.bbsr-energieeinsparung.de ist inzwischen zu einer nachgefragten Quelle für authentische Texte von Vorschriften und Auslegungstexten geworden; Institutionen im In- und Ausland verlinken zunehmend auf diese Seite. Die Umstellung auf eine neue technische Plattform hat das BBSR dazu genutzt, nicht nur den Verordnungsstand zu aktualisieren, sondern auch in den Menüs Raum zu schaffen für neue Inhalte.

Die Bundesbehörden verwenden für ihre Internetauftritte überwiegend den „Government Site Builder“ (GSB). Da das Infoportal bei Forschungsergebnissen und Veröffentlichungen auf Bereiche mit einer anderen Version des GSB zugriff, mussten die auftretenden Inkompatibilitäten durch eine Migration beseitigt werden. Hierdurch wurden neue Funktionalitäten ermöglicht, die den Nutzern den Zugang zu den Inhalten erleichtern. Die Angebote der Website sind – mit Ausnahme der Rechts- und Auslegungstexte selbst – durchgängig in Deutsch und Englisch angelegt.

Kontakt:

Christian Ahrens
Horst-P. Schettler-Köhler
Referat II 2
Energieeinsparung,
Klimaschutz
christian.ahrens@bbr.bund.de
bbr.bund.de
horst.schettler@bbr.bund.de

Startseite des Info-Portals Energieeinsparung

Quelle: BBSR

Inhaltliche Neuerungen

Im Zuge der Umsetzung der Europäischen Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (2010/31/EU) muss das Infoportal künftig weitere Informationen verfügbar machen. Gemäß Artikel 11 Absatz 4 der Richtlinie sollen die Mitgliedstaaten Informationen bereitstellen, die es dem Leser von Modernisierungsempfehlungen in Energieausweisen ermöglichen, die Wirtschaftlichkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen zu beurteilen. Ein solches Angebot soll innerhalb einer Forschungsarbeit entwickelt und im Portal bereitgestellt werden. Zudem hat der Bundesrat die Bundesregierung aufgefordert, Informationen zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit energetischer Maßnahmen im Zusammenhang mit Befreiungen nach § 25 Absatz 1 zu veröffentlichen. Dieses Angebot soll mit dem vorgenannten Projekt vorbereitet und in der zweiten Jahreshälfte in das Infoportal integriert werden.

Weiterhin wurde mit der Richtlinie ein Kontrollsystem für Energieausweise eingeführt, über das die Nutzer des Infoportals zukünftig im Detail informiert werden sollen. Ein entsprechender Bereich wird ergänzt und in den nächsten Monaten ausgebaut. Innerhalb eines Projekts des BBSR wurde eine Druckapplikation für Energieausweise entwickelt, die zugleich als Instrument für die Registrierung der Ausweise im Kontrollsystem dient. Dieses Softwareangebot wird als kostenloser Download angeboten.

Neue Ordnung in den Menüs

Die inhaltlichen Neuerungen waren Anlass, die Inhalte zur Energieeinsparverordnung in zwei Bereiche aufzuteilen. Die künftig umfangreicheren Inhalte zu Energieausweisen bilden einen separaten Bereich im Hauptmenü, auf das zusätzlich aus dem Menü „Energieeinsparverordnung“ querverlinkt wird. Die Bereiche zum Energieeinsparungsgesetz und zur Heizkostenverordnung bilden künftig unter dem Zugang „Weitere Regelungen“ zusammen mit dem neuen Thema „Technisches Regelwerk“ und den bereits bisher vorhandenen Inhalten zu Testreferenzjahren einen gemeinsamen Menübereich.

ÖKOBAU.DAT goes online – neue Internetpräsenz und Online-Datenbank für Ökobilanzdaten im Bauwesen

Ein wichtiger Aspekt des Bewertungssystems Nachhaltiges Bauen für Bundesgebäude (BNB) ist die Bewertung der ökologischen Qualität eines Gebäudes über die Ökobilanzierung. Dabei werden die Umweltwirkungen des Gebäudes betrachtet, die z. B. Treibhauseffekt, Ozonloch, Smog, sauren Regen oder Überdüngung verursachen. Die entsprechenden Umweltindikatoren sowie die verwendeten Energiemengen werden u. a. in Umweltproduktdeklarationen (EPD) erklärt. Diese produktspezifischen Daten sowie repräsentative Daten zu den wesentlichen Baumaterialien werden in der ÖKOBAU.DAT veröffentlicht, die somit die Basis für eine Ökobilanzierung auf Gebäudeebene bildet.

Durch die im September 2013 erfolgte Anpassung an die europäische Norm ist die ÖKOBAU.DAT die erste Datenbank, die vollständig

mit dieser Norm übereinstimmende Ökobilanzdaten anbietet. Derzeit stehen diese Daten als ZIP-Ordner unter www.nachhaltigesbauen.de zum Download bereit. Zur Erhöhung der Nutzerfreundlichkeit wurde eine Internetpräsenz mit Zugriff auf die ÖKOBAU.DAT als Online-Datenbank erstellt, die in Kürze unter www.oekobaudat.de abrufbar sein wird.

Ab Ende 2014 bietet der Bund mit eLCA zusätzlich ein Online-Tool für die Ökobilanzierung auf Gebäudeebene an. Durch das direkte Zusammenspiel von ÖKOBAU.DAT und eLCA wird die Ökobilanzierung von Gebäuden sehr viel anwenderfreundlicher. Zudem wurde ein normkonformes Datenformat entwickelt, das es erlaubt, Ökobilanzdaten unterschiedlicher Ersteller in die ÖKOBAU.DAT aufzunehmen, wodurch zukünftig ein breiteres Spektrum an Daten angeboten werden kann.

Kontakt:

Dr.-Ing. Tanja Brockmann
Referat II 6
Bauen und Umwelt
tanja.brockmann@bbr.bund.de

Leitfaden Barrierefreies Bauen

Der neue „Leitfaden Barrierefreies Bauen“ des BMUB richtet sich an die Bauverwaltung des Bundes, Bauherren, Architekten und Planer sowie Nutzer anderer öffentlicher Gebäude und Arbeitsstätten. Er fungiert sowohl als Handlungsanleitung wie auch als Ideengeber und stellt zugleich ein umfangreiches Nachschlagewerk dar.

Neben einer Übersicht über die rechtlichen Grundlagen bezieht der Leitfaden das barrierefreie Bauen in den Verfahrensablauf – von der Bedarfsplanung bis zur Realisierung – ein. Dabei werden Mindestinhalte hinsichtlich der Barrierefreiheit, die für jeden der jeweiligen Planungsschritte zu leisten sind, definiert. Die Anforderungen an das barrierefreie Planen und Bauen werden, angelehnt an die Struktur der DIN 18040-1 Barrierefreies Bauen – Planungsgrundlagen – Teil 1: Öffentliche Gebäude, nach Handlungsfeldern gegliedert. Verwiesen wird auch auf die besonderen Bedürfnisse der Menschen mit spezifischen Einschränkungen. Abschließend wird die Arbeitsweise mit dem Leitfaden anhand eines fiktiven Projektes dargestellt.

Der Leitfaden kann über den Publikationsversand der Bundesregierung bezogen und als barrierefreie PDF unter www.bmub.bund.de heruntergeladen werden (publikationen@bundesregierung.de). Innerhalb eines Forschungsprojektes des BBSR wird der Leitfaden Barrierefreies Bauen zurzeit digitalisiert. Im April 2015 wird ein Webtool erscheinen, das die Anwendung des Leitfadens erleichtern soll.

Kontakt:

Rachel Barthel
Referat II 6
Bauen und Umwelt
rachel.barthel@bbr.bund.de



Rampenanlage – Bundesstiftung Baukultur, Potsdam

Quelle: Weidinger Landschaftsarchitekten

Veröffentlichungen

Windenergieanlagen und Raumordnungsgebiete

BBSR-Analysen KOMPAKT 01/2014

Hrsg.: BBSR, Bonn 2014

Kostenfrei zu beziehen bei: Ref-1-1@bbr.bund.de

Stichwort: BBSR-Analysen KOMPAKT 01/2014

Die Windenergie hat unter allen Erneuerbaren Energiesparten die größte Bedeutung im Rahmen der Energiewende. Für ein stabiles Wachstum muss ein ausreichendes Angebot planungsrechtlich gesicherter Flächen vorhanden sein. Der Beitrag richtet den Blick auf den Bestand von Raumordnungsgebieten für Windkraftnutzung in Regionalplänen, die Dichte der Bebauung und die jeweils installierte Leistung. Grundlagen der Untersuchung sind der im BBSR geführte Raumordnungsplan-Monitor, der Vektordaten von Raumordnungsgebieten in verbindlichen Regionalplänen enthält, sowie eine vom BBSR aufgebaute standortscharfe Windanlagen-Datenbank. Hierdurch ist erstmalig eine bundesweite geo-statistische Verschneidung von Raumordnungsgebieten und Anlagenstandorten möglich.



Windenergie ist von großer Bedeutung für die Energiewende

Foto: Ezio Gutzemberg/fotolia.com

Regionale Fragestellungen – regionale Lösungsansätze

BMVBS-Online-Publikation 01/2014

Hrsg.: BMVBS, Berlin 2013

Kostenfreier Download verfügbar auf: www.bbsr.bund.de

Im Fokus der Vertiefungsphase des Forschungsfeldes „Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel“ (KlimaMORO) standen regionsspezifische Fragestellungen, wie z. B. der Meeresspiegelanstieg und Konsequenzen für die Siedlungs- und Landnutzungsentwicklung, Waldmehrung oder der planerische Schutz vor Hitze. Die Online-Publikation fasst die regionalen Lösungsansätze zusammen: So werden für jede der sieben Modellregionen und deren Themenschwerpunkte die jeweiligen Netzwerke und Analysen beschrieben, formelle und informelle Instrumente skizziert, innovative Strategien dargelegt und ein Ausblick zur Umsetzung in der Region gegeben. Es werden übergreifende Empfehlungen für Regionen sowie für Bund, Länder und Wissenschaft dargelegt.

Informeller Urbanismus

Informationen zur Raumentwicklung, Heft 2.2014

Hrsg.: BBSR, Bonn 2014

Zu beziehen bei: service@steiner-verlag.de, Preis: 19,00 €

Informalität in der Stadtentwicklung wurde lange Zeit auf Entwicklungsländer und Krisenregionen bezogen und mit fehlenden formellen Regelungen und notdürftigen Infrastrukturen, nicht selten mit Illegalität assoziiert. Dies ist jedoch eine Verkürzung, die das Naheliegende ausblendet: die Bedeutung des Informellen auch in den postindustriellen Ländern. Denn in europäischen und nordamerikanischen Städten werden immer öfter konventionelle Top-down-Planungsansätze mit ihren tradierten Akteurskonstellationen hinterfragt. Aktuelle Konzeptionen urbaner Governance sehen die Produktion von Räumen nicht länger von den Planungen der Kommune ausgehend. Somit entwickeln sich die Räume zunehmend als Konglomerat von informellen Prozessen durch Eigeninitiative von unternehmerischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Dieses Heft betrachtet das Informelle neu: als Bestandteil städtischen Lebens *und* von Stadtentwicklungspolitik.



Der Mellowpark in Berlin: Eine informelle Nutzung hat sich zu einem groß angelegten Sport- und Jugendpark verfestigt

Foto: Hans Friedrich

Zuletzt erschienen

Kooperation im Quartier mit privaten Eigentümern zur Wertsicherung innerstädtischer Immobilien

ExWoSt-Informationen 43/2; Hrsg.: BBSR, Bonn 2014

Kostenfreier Download verfügbar auf: www.bbsr.bund.de

DEUTSCHLAND IN EUROPA – Ergebnisse des Programms ESPON 2013. Heft 5: Erreichbarkeit und räumliche Entwicklung

BBSR-Sonderveröffentlichung; Hrsg.: BBSR, Bonn 2014

Kostenfrei zu beziehen bei: beatrix.thul@bbr.bund.de

Stichwort: ESPON-Ergebnisse Heft 5

Weitere Veröffentlichungen finden Sie unter:
www.bbsr.bund.de > Veröffentlichungen

Raumentwicklung

Potenziale ländlicher Kleinstädte in peripheren Lagen

Kleinstädte in peripheren Lagen stellen einen besonderen Städtetyp in Deutschland dar, der spezifischen Problemkonstellationen unterliegt. Die Vorstudie diente der differenzierten Darstellung von Herausforderungen, die sich für periphere Kleinstädte in Deutschland jetzt und in Zukunft ergeben. Dabei wurden wirtschaftliche, soziale, demografische, finanzielle und kulturelle Trends sowie lokale Strukturen berücksichtigt. Auf diesem Weg wurden die unterschiedlichen Potenziale peripherer Kleinstädte zur Stabilisierung ländlicher Räume herausgearbeitet und ein weiterführender Forschungsbedarf in Form eines neuen ExWoSt-Forschungsfeldes abgeleitet.

[Programme > ExWoSt > Studien](#)



Periphere Kleinstädte kämpfen häufig mit den Folgen von Schrumpfung und demografischem Wandel

Foto: Thomas Max Müller/pixelio.de

Strategien zum Demografischen Wandel: Standort und Standortalternativen

Ländlich geprägte Räume in Deutschland verlieren weiterhin Bevölkerung. Zurück bleiben häufig ältere und hochbetagte Menschen sowie Haushalte mit geringen finanziellen Ressourcen. Es stellt sich die Frage, wie einer ausreichenden Grundversorgung und gesellschaftlichen Teilhabe der Einwohner Rechnung getragen werden kann.

[Programme > FoPS](#)

Potenziale für transnationale und grenzüberschreitende Partnerschaften durch Nutzung des Instruments der EVTZ

In Europa findet heutzutage die territoriale Zusammenarbeit über Staatsgrenzen sowohl im Rahmen von als auch außerhalb von EU-Programmen statt. Eine Möglichkeit zur Verbesserung der Rechts- und Planungssicherheit bietet das Instrument der Europäischen Verbände für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ), das unmittelbar der europäischen Kohäsionspolitik dient. Im Rahmen dieses Modellvorhabens der Raumordnung untersuchten deutsche Akteure die Potenziale für eine stärkere Nutzung von EVTZ, indem Erfahrungen aufgearbeitet und Handlungsempfehlungen für die Einrichtung von EVTZ abgeleitet wurden.

[Programme > MORO > Studien](#)

Thematische Auswertung der transnationalen Zusammenarbeit: kleine und mittlere Unternehmen als Adressaten räumlich orientierter Politik

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bilden das Rückgrat der europäischen Wirtschaft. In den INTERREG-Programmen standen KMU in den bisherigen Förderperioden allerdings nicht im Mittelpunkt. Ziel der Studie ist es, die bisherigen Ergebnisse transnationaler Kooperationsprojekte mit KMU-Bezug für die Bundesraumordnung sowie für Akteure der Raumentwicklung in den Ländern und auf regionaler und kommunaler Ebene besser nutzbar zu machen.

[Programme > MORO > Studien](#)

ESPON on the Road

Das ESPON 2013-Programm hat in seinen thematisch so verschiedenen Projekten umfangreiche Analysen, Ergebnisse sowie Methoden und Anwendungen produziert. Daran möchte das neue Projekt „ESPON on the Road“ anknüpfen. Ziel ist es, die Verbindung zwischen ESPON-Wissen und der Realität vor Ort zu stärken, indem ESPON-Ergebnisse näher an potenzielle Verwender herangeführt werden.

[Programme > ESPON](#)

Stadtentwicklung

Vernetzte Städte zum Thema städtische Energien in Deutschland, den USA und den BRICS-Staaten

Um Städte fit für die Zukunft zu machen, ist der internationale Austausch mit anderen Städten von großem Nutzen. Ob klimagerechter Stadtumbau, Energieeffizienz, bürgerschaftliches Engagement oder soziale Integration – neue Strategien für die Stadtentwicklung sind gefragt und sollen den Projektpartnern und Deutschland neue Impulse für Gesetze und Förderpolitik geben. Im März 2014 fand in Bottrop das erste Austauschtreffen des ExWoSt-Forschungsfeldes statt. Dort trafen sich die Städte des 2013 aufgebauten deutsch-US-amerikanischen Netzwerks D4C. D4C steht für Dialogues for Change und dient der konkreten Unterstützung fachlich und politisch Verantwortlicher im kommunalen Verwaltungs- und Planungsalltag.

[Programme > ExWoSt > Forschungsfelder](#)

Neue Mobilitätsformen, Mobilitätsstationen und Stadtgestalt

Veränderungen des individuellen Mobilitätsverhaltens haben Einfluss auf neue Mobilitätsformen wie z. B. Carsharing, öffentliche Fahrradverleihsysteme und Fernbusse. Mobilitätsstationen können eine örtliche Verknüpfung für die verschiedenen Verkehrsmittel bieten. Dabei stellt sich die Frage, welche Auswirkungen auf die Stadtgestalt und das Stadtbild durch neue Mobilitätsformen entstehen. In der Studie werden Praxisbeispiele analysiert und evaluiert, um Handlungsempfehlungen für beteiligte Akteure zu formulieren. Erste Zwischenergebnisse liegen nun vor.

[Programme > ExWoSt > Studien](#)

Wohnen und Immobilien

Mietrecht und energetische Sanierung im europäischen Vergleich

Zum Klimaschutz und dem nachhaltigen Umbau der Energieversorgung hat sich die Europäische Union ambitionierte energiepolitische Ziele gesetzt. Die entsprechende Richtlinie, die bis Juni 2014 in nationales Recht umzusetzen ist, zielt besonders auf die Erhöhung der Energieeffizienz im Gebäudebestand, da hier in der gesamten EU erhebliche Einsparpotenziale gesehen werden. Das Projekt analysiert die Wohnungsmarktsituation mit Fokus auf Energieeffizienz und die Schnittstellen zum Mietrecht sowie den öffentlich-rechtlichen Regulierungen zur Steigerung der Energieeffizienz im Mietwohnungsbestand in zwölf europäischen Ländern.

Programme > Allgemeine Ressortforschung > Wohnungswesen

Das Wohneigentum in der Riester-Förderung – Empirie und Reformoptionen der Eigenheimrente

Das Forschungsprojekt sollte aufzeigen, wie das Wohneigentum effizienter in den Förderrahmen der Riester-Rente einbezogen werden kann. Hierzu wurden erstmals umfangreiche Datensätze verschiedener Anbieter statistisch ausgewertet. Die erarbeiteten Anregungen haben sich teilweise bereits im politischen Prozess niedergeschlagen, insbesondere im Altersvorsorge-Verbesserungsgesetz vom 24. Juni 2013.

Themen > Allgemeine Ressortforschung > Wohnungswesen

Bauen und Architektur

Ressourcenschuttpotenzial bei Baumaßnahmen bezüglich Boden

Aufgrund seiner begrenzten Verfügbarkeit und Gefährdung durch menschliche Tätigkeiten ergibt sich eine hohe Schutzbedürftigkeit des Bodens. Dies wird insbesondere bei Baumaßnahmen deutlich. Im Rahmen des Forschungsprojektes wurden bodenschädigende Prozesse in der Landwirtschaft identifiziert, ein Vergleich zu Bauprozessen hergestellt und das Potenzial einer Übertragbarkeit geprüft und bewertet.

Programme > Zukunft Bau > Auftragsforschung > Nachhaltiges Bauen, Bauqualität



Bodenverdichtung auf landwirtschaftlich genutzter Fläche

Foto: Martin Schemm/pixelio.de

Entwicklung einer Nutzerplattform und eines Nutzerbereichs zur Einbindung von WECOBIS als aktives Planungsinstrument

Bei der Betrachtung der Nachhaltigkeit sowie der Umweltwirkungen von Bauwerken kommt der Auswahl der eingesetzten Baustoffe und Bauprodukte eine hohe Bedeutung zu. Das webbasierte ökologische Baustoffinformationsportal WECOBIS bietet Informationen zu Umwelt- und Gesundheitsaspekten wichtiger Bauproduktgruppen. Ziel des Projektes war es, das Portal um Komfortfunktionen und Personalisierungsmöglichkeiten zu erweitern, um es als aktives Planungsinstrument im Arbeitsablauf der Planerinnen und Planer zu verankern.

Programme > Zukunft Bau > Auftragsforschung > Nachhaltiges Bauen, Bauqualität

Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen – Erstellung eines EDV-gestützten Bewertungs- und Dokumentationsinstruments (eBNB)

Die Anwendung des Bewertungssystems Nachhaltiges Bauen (BNB) erfolgt bisher vornehmlich mit Unterstützung üblicher IT-Büroanwendungen. Ziel des Forschungsprojektes ist die Erstellung eines internet- oder intranetbasierten Bewertungs- und Dokumentationsinstruments (eBNB), welches die planungs- und baubegleitende Anwendung des Bewertungssystems Nachhaltiges Bauen vereinheitlichen und erleichtern soll.

Programme > Zukunft Bau > Auftragsforschung > Nachhaltiges Bauen, Bauqualität

Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen – Erprobung der Systemvariante „BNB für Überbetriebliche Berufsbildungsstätten“

Vor der Einführung der 2012 als Entwurf erstellten Systemvariante „Überbetriebliche Berufsbildungsstätten Neubau (BNB_ÜN)“ des Bewertungssystems Nachhaltiges Bauen (BNB) wurde eine Systemerprobung an drei fertiggestellten Objekten durchgeführt. Damit sollte die grundsätzliche Praxisstauglichkeit überprüft werden. Aus den BNB-Bewertungen der Pilotobjekte wurde der Anpassungsbedarf der Steckbriefe ermittelt und im Projekt umgesetzt.

Programme > Zukunft Bau > Auftragsforschung > Nachhaltiges Bauen, Bauqualität

Aufbereitung einer Pilotzertifizierung für ein Unterrichtsgebäude in Vorbereitung von SB Regionalkonferenzen in 2013

In der Arbeitsgruppe Nachhaltige Unterrichtsgebäude wurde ein Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen für den Neubau von Unterrichtsgebäuden entwickelt und im Rahmen einer Pilotanwendung erprobt. Innerhalb des Forschungsprojektes erfolgte die Erstanwendung des überarbeiteten Bewertungssystems am Beispiel der Plusenergie-Grundschule Niederheide in Hohen Neuendorf. Die Ergebnisse wurden für die Präsentation auf den SB Regionalkonferenzen in 2013 aufbereitet.

Programme > Zukunft Bau > Auftragsforschung > Nachhaltiges Bauen, Bauqualität

INTERREG B 2014–2020: Auftaktkonferenz zur transnationalen Zusammenarbeit in Europa

Unter dem Motto „Transnationale Zusammenarbeit in Europa – so geht es weiter!“ brachte das BBSR am 6. und 7. Mai 2014 rund 400 Vertreter aus Verbänden, Ländern und Städten sowie des Bundes zum Austausch in Berlin zusammen. Ziel der Konferenz des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) war es, neue Projektpartner zu gewinnen, diese mit bestehenden Akteuren zu vernetzen und neue Themen der transnationalen Zusammenarbeit vorzustellen.



Rund 400 Akteure informierten sich über die neue Förderperiode und Themen der transnationalen Zusammenarbeit

Foto: Michael Kirsten, DV

Rainer Bomba, Staatssekretär im BMVI, eröffnete die Konferenz und gab damit den Startschuss zur neuen Förderperiode. „Mit INTERREG ermöglichen wir Bürgern, passgenaue Konzepte für ihre jeweilige Region zu entwickeln. In den ländlichen Räumen stellt sich die Frage nach zukunftsfähiger Infrastruktur anders als in städtischen Ballungsgebieten. Europa kann nur erfolgreich sein, wenn es dieser Vielseitigkeit Rechnung trägt – genau das tut INTERREG.“ BBSR-Direktor Harald Herrmann würdigte die Arbeit der Projekte in der vergangenen Programmperiode: „Staatenübergreifende Lösungen ergänzen und erweitern beispielhaft nationale Ansätze. Mit vergleichsweise wenig Geld setzen die Projekte europaweit viele Hebel in Gang, um Investitionen anzuschieben, Wissen zu bündeln und langfristige Netzwerke aufzubauen. Die transnationale Zusammenarbeit trägt auch dazu bei, die Europakompetenz der Städte und Regionen zu erhöhen.“

Im Anschluss diskutierten Vertreter der Europäischen Kommission, des Bundes, aus Verbänden, Ländern und Städten die kommenden Herausforderungen der transnationalen Zusammenarbeit. Praxisnah ging es beim „Project Slam“ zu: Die drei Projekte Best Agers Lighthouses, BSR QUICK und NANO-RA verdeutlichten in jeweils zwanzigminütigen Vorführungen auf unkonventionelle Art regionale Herausforderungen und staatenübergreifende Lösungsansätze.

Am zweiten Veranstaltungstag stand die inhaltliche Neuausrichtung der Programme im Fokus. Für die transnationalen Programme mit deutscher Beteiligung stehen bis 2020 EU-Fördermittel in Höhe von rund 1,4 Milliarden Euro zur Ver-

fügung – gegenüber der jetzt auslaufenden Förderperiode immerhin ein Drittel mehr. Die transnationalen Programme sind gefordert, eine stärkere thematische Fokussierung der Programme zu erreichen. Innovation, Reduzierung von CO₂-Emissionen, Umwelt, Verkehr, Klimawandel und Governance sind die Themen, die im Vordergrund stehen. In verschiedenen Workshops haben sich die Teilnehmer zu übergreifenden Themen der Europäischen Transnationalen Zusammenarbeit informiert und ausgetauscht. Bei einer Informationsbörse schließlich standen kompetente Ansprechpartner Frage und Antwort zur Neuausrichtung in den sechs Programmräumen mit deutscher Beteiligung.

Weitere Informationen und eine Dokumentation der Veranstaltung finden Sie unter www.interreg.de.

Kontakt: brigitte.ahlke@bbr.bund.de

Fachveranstaltung „KdU-Richtlinien: Werkstattberichte aus der Praxis“

Der gemeinsamen Einladung des Deutschen Städtetages und des BBSR zur Fachveranstaltung „KdU-Richtlinien: Werkstattberichte aus der Praxis“ am 1. April 2014 in Köln sind insgesamt über hundert Vertreter aus Kommunen, Wissenschaft und Verbänden gefolgt. Im Rahmen von Vorträgen, Fallbeispielen und während der abschließenden Podiumsdiskussion fand ein reger Austausch über die Herausforderungen und möglichen Herangehensweisen bei der Festlegung der Angemessenheitskriterien zur Übernahme der Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) statt. Die Zuständigkeit liegt seit 2005 bei den Kommunen. Allerdings bestehen weiterhin Unsicherheiten, wie beispielsweise bei der Erstellung eines „Schlüssigen Konzepts“. In der Praxis wurden verschiedene Methoden erarbeitet und während der Veranstaltung diskutiert. In Kürze erscheint eine Veranstaltungsdokumentation, in der die Beiträge und Ergebnisse aufbereitet werden.

Kontakt: annamaria.muether@bbr.bund.de



Harald Herrmann, Direktor und Professor des BBSR, bei der Begrüßung der Teilnehmer

Foto: Ernst Degener, BBSR

Personalia

Parlamentarischer Staatssekretär im BMUB Florian Pronold besuchte das BBSR

„Die Themen Bauen und Wohnen stehen heute viel mehr in der öffentlichen Aufmerksamkeit als noch vor einigen Jahren. Ihr Institut kann sich hervorragend einbringen, um aktuelle Vorhaben und Debatten mit eigenen Analysen zu unterfüttern.“ Das sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesbauministerium Florian Pronold bei seinem Besuch im BBSR am 15. April. An dem Gespräch nahmen neben Direktor und Professor Harald Herrmann Dr. Robert Kaltenbrunner (AL II), Dr. Peter Jakubowski (Stellv. AL I), Rolf Müller (Leiter Gruppe II 1) und Dr. Karin Veith (RL in Stab Wissenschaftliche Dienste) teil.



DirProf Harald Herrmann (li), PSts Florian Pronold

Foto: Christian Schlag, BBSR

In dem zweistündigen Gespräch stand das gegenseitige Kennenlernen im Vordergrund. Herr DirProf Herrmann sprach in seiner Begrüßung mögliche Schnittstellen zu Vorhaben des Ministeriums an, die dann im Gespräch mit den Kollegen aus Abteilung I und II vertieft wurden. Herr PSts Pronold nannte seinerseits Schwerpunkte des BMUB und formulierte Anregungen für die Zusammenarbeit. Besonders gefragt sei derzeit die Expertise des Instituts für das vom BMUB initiierte Bündnis für bezahlbares Wohnen, die Städtebauförderung, das nachhaltige Bauen oder die energetische Gebäudesanierung. Zahlreiche Forschungsergebnisse und Best Practices aus der Pilot- und Modellvorhabenforschung verdienten es, „offensiver“ an die Öffentlichkeit gebracht zu werden.

Die Teilnehmenden stimmten darin überein, dass die guten Beispiele aus der Begleitforschung zur Städtebauförderung ebenfalls stärker genutzt werden sollten, um deren Wirkungen zu veranschaulichen. Nun gelte es, die Politikbereiche des neu zugeschnittenen Ressorts – insbesondere Bauen und Umwelt – zusammenzuführen. „Wir können dazu einiges beitragen, weil wir an viele Themen mit einem ganzheitlichen Ansatz herangehen, etwa in der Forschung zur nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung oder beim nachhaltigen Bauen“, sagte Herr Herrmann. Er freue sich auf eine gute Zusammenarbeit und eine offene Gesprächskultur.

Neue Mitarbeiter

Nadine Schoss

Sachbearbeiterin im Stab Wissenschaftliche Dienste – Forschungsverwaltung

Eintrittsdatum: 15. April 2014



Aufgaben:

- Einführung profi
- Administrative Programmabwicklung von Verträgen und Zuwendungen

Dr. Marion Klemme

Referatsleiterin im Referat I 2

Eintrittsdatum: 1. Mai 2014



Aufgaben:

- Akteursorientierte Stadtforschung und Governance
- Demografischer Wandel und Stadtumbau
- Kommunale Siedlungsflächenentwicklung
- Klimafreundliche Stadtentwicklung
- Neue Medien und Stadt

Bastian Wahler

Referent im Referat I 7

Eintrittsdatum: 1. Mai 2014



Aufgaben:

- Unterstützung und Betreuung von Projekten der Ressortforschung
- Betreuung von Baukulturprojekten

Die gute Nachricht: Eine spekulative Blase droht nicht

Süddeutsche Zeitung, 21.05.2014

„Matthias Waltersbacher, Experte des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung, spricht von einem großen Neubaudefizit, das sich in wachstumsstarken Regionen entwickelt habe. ‚Auf angespannten Wohnungsmärkten brauchen wir mehr Grundstücke für neue Wohnungen, um diese Lücke zu schließen.‘ Dort, wo immer mehr Menschen hinwollen, stiegen die Preise für Eigenheime in den vergangenen Jahren enorm an – zwischen 2007 und 2012 um durchschnittlich 11,6 Prozent. (...) Eine ähnliche Entwicklung zeigt der Mietmarkt. Hier stiegen die Preise von 2008 an erst moderat, von 2011 an aber deutlich. In den meisten Großstädten zählten 2012 mehr als die Hälfte der Wohnungen zum teuren Preissegment und kosteten mehr als zehn Euro Nettokaltmiete pro Quadratmeter.“

Kein Platz für Windräder

Süddeutsche Zeitung, 21.05.2014

„Die Experten untersuchten, wie viel Landesfläche für neue Windräder bleibt, wenn ein Mindestabstand von zwei Kilometern gilt. Demnach stünden mit Seehofers Formel 1,7 Prozent der Landesfläche zur Verfügung – verglichen mit derzeit 19 Prozent. Weil aber Mühlen Wind brauchen, prüfte das Bundesinstitut auch, an wie vielen dieser Standorte er überhaupt ausreichend weht – die Hälfte fiel damit raus. 0,86 Prozent Bayerns blieben übrig. Aber auch das nur bedingt, denn: ‚Bei den verbleibenden Restflächen handelt es sich überwiegend um Waldgebiete‘, merkt das Institut an – zu knapp 70 Prozent.“

Immobilienatlas 2014

€uro am Sonntag, 5 /2014

„Der €uro-Immobilienatlas stellt – von einer Millionenmetropole bis zur Kleinstadt – nur Städte vor, deren Wohnungsmarkt auch künftig attraktiv sein wird. Um diese herauszufiltern, wurden Untersuchungen des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung herangezogen. Dessen Experten haben die aktuellsten Daten herangezogen, um alle Landkreise und kreisfreien Städte nach fünf Indikatoren zu Immobilien- und Arbeitsmarkt sowie Einwohnerentwicklung zu bewerten.“



Foto: Daniel Ernst/fotolia.com

Baugenehmigungsplus besonders in Metropolregionen

Immobilien Zeitung, 12.05.2014

„Die Anzahl der Baugenehmigungen ist im vergangenen Jahr genau dort am stärksten angestiegen, wo auch der Bedarf am größten war, nämlich in den Metropolregionen. Das geht aus einer Analyse des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) hervor. Die Wohnungsmarktexperten hatten die Daten des Statistischen Bundesamtes zu den Baugenehmigungen mit dem Neubaubedarf der BBSR-Wohnungsmarktprognose 2025 verglichen.“

Lediglich 0,86 Prozent der Fläche

Zeitung für kommunale Wirtschaft, 21.05.2014

„Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung evaluiert das Windkraftpotenzial in Bayern. Über eine Länderöffnungsklausel soll künftig den Bundesländern vorbehalten werden, über den Abstand von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung zu entscheiden. Nun hat das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung das Windkraftpotenzial in Bayern evaluiert, sollte es zu der von Ministerpräsident Horst Seehofer ins Spiel gebrachten 10-H-Regelung kommen (Abstand = Zehnfache Höhe der Anlage). Das Ergebnis des Bundesinstituts ist ernüchternd. So kommen lediglich 0,86 Prozent der Fläche Bayerns künftig in Frage.“

Herausgeber, Herstellung und Selbstverlag

Bundesinstitut für Bau-, Stadt-
und Raumforschung
im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung

Verantwortlich

Harald Herrmann, Markus Eltges, Robert Kaltenbrunner, Rolf Müller

Redaktion

Gabriele Bockschecker, Katina Gutberlet, Katharina Urbaniak

Druck

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Die INFORMATIONEN aus der Forschung des BBSR
erscheinen sechsmal im Jahr.

Interessenten erhalten sie kostenlos.

Frei zum Nachdruck. Belegexemplare erbeten.

Zitierweise:

Informationen aus der Forschung des BBSR 3/2014 – Juni
ISSN 1868 – 0089

Selbstverlag des BBSR, Postfach 21 01 50, 53156 Bonn

G 7718 F

Termine

September

8. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik „Städtische Energien – Zusammenleben in der Stadt“

15./16. September 2014, Essen

Oktober

Europäische Fachtagung: „Einbeziehung erneuerbarer Energien im Kontext des künftigen ‚Niedrigstenergie- gebäude-Standards – Ansätze in Deutschland und den Nachbarländern“

22. Oktober 2014, Bonn

Ausführlichere Informationen unter
www.bbsr.bund.de > Aktuell > Veranstaltungen



Foto: Detlef/fotolia.com